

Gewerkschaftsmitglieder seltener entlassen

Arbeitgeber entlassen Gewerkschaftsmitglieder deutlich seltener als Nicht-Mitglieder.

Für Frauen lohnt sich die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft besonders.

Wer Mitglied in einer Gewerkschaft ist, trägt nur ein halb so hohes Risiko entlassen zu werden wie ein nicht organisierter Beschäftigter. Das haben Laszlo Goerke von der Universität Trier und Markus Pannenberg von der Fachhochschule Bielefeld jetzt erstmals nachgewiesen.* Frauen profitieren besonders von der Mitgliedschaft: Bei ihnen sinkt die Kündigungswahrscheinlichkeit sogar um drei Viertel.

Für ihre Studie haben die Forscher Daten des Sozio-oekonomischen Panels von 1985 bis 2005 ausgewertet, das unregelmäßig auch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft abfragt. Zudem wird erfasst, wer von seinem Arbeitgeber entlassen worden ist. Um den Zusammenhang zwischen Gewerkschaftsmitgliedschaft und Entlassungsrisiko eindeutig

nachzuweisen, haben Goerke und Pannenberg andere mögliche Erklärungen – etwa den Einfluss von Betriebsräten – geprüft. Dabei konnten sie aber keine signifikanten Effekte feststellen.

Warum Gewerkschaftsmitglieder seltener entlassen werden, lässt sich den Daten nicht entnehmen. Die Forscher können sich der Ursache nur theoretisch nähern. Sie gehen davon aus, dass es für Unternehmen teurer ist, Gewerkschaftsmitglieder zu entlassen. Vermuteter Grund: Mitglieder werden bei einer Kündigungsschutzklage von ihrer Gewerkschaft unterstützt und müssen keinen Anwalt bezahlen. Aus Sicht der Arbeitgeber sei damit das Risiko größer, mit einer Kündigung vor Gericht zu landen. Es sei daher davon auszugehen, dass Arbeitgeber bei Nicht-Mitgliedern schneller eine Kündigung aussprechen als bei Gewerkschaftsmitgliedern. ◀

* Quelle: Laszlo Goerke, Markus Pannenberg: Trade Union membership and dismissals, in: Labour Economics 6/2011
 Download unter www.boecklerimpuls.de

VERTEILUNG

Weniger Armut bei den Nachbarn

Immer mehr Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht. Die Einkommensungleichheit bleibt auf hohem Niveau.

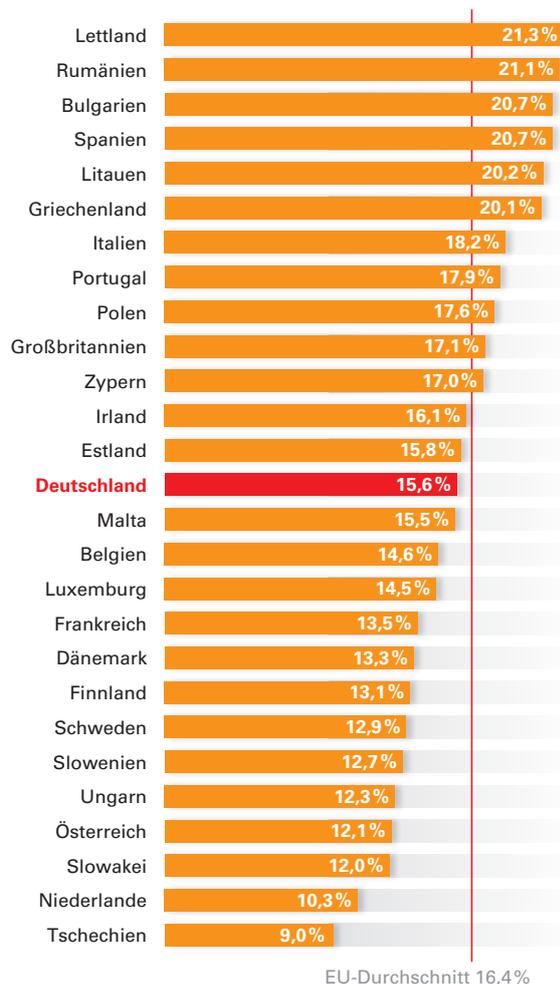
12,6 Millionen Menschen oder 15,6 Prozent der deutschen Bevölkerung waren laut EU-Statistik 2009 armutsgefährdet. Diese Zahlen hat das Statistische Bundesamt für die European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) erhoben.

Die Quote liegt damit zwar unter dem EU-Durchschnitt von 16,4 Prozent. Sie ist allerdings höher als in allen Nachbarländern außer Polen. Zudem ist der Anteil der von Armut bedrohten Deutschen seit 2006 kontinuierlich gestiegen. Die EU-weit niedrigste Quote wies 2009 Tschechien mit 9 Prozent auf, die höchste Lettland mit 21,3 Prozent. Menschen gelten als armutsgefährdet, wenn sie einschließlich staatlicher Transferleistungen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben. In Deutschland sind das für Alleinstehende 940 Euro pro Monat.

Auch Ungleichheit ist ein Problem: Die oberen 20 Prozent in der deutschen Einkommenspyramide verdienten 2009 wie im Vorjahr durchschnittlich das Viereinhalbfache des unteren Fünftels. Im EU-Durchschnitt war es das Fünffache. In den meisten Nachbarländern Deutschlands herrscht hingegen weniger Ungleichheit als hierzulande. Am höchsten sind die Einkommensunterschiede in denjenigen Staaten, die auch bei der Armut am schlechtesten abschneiden: in Litauen, Lettland, Spanien, Rumänien und Bulgarien. ◀

Arme auch in reichen Ländern

Von Armut gefährdet waren 2009 in ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

* Quelle: Statistisches Bundesamt, März 2012
 Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de